

OBERBERGISCHER KREIS

Fast aus
der Kurve
gefliegen

BOMIG. Rasant unterwegs war ein Autofahrer in Wiehl-Bomig, der sich am Dienstag unter Alkoholeinwirkung hinter Steuer gesetzt haben soll. Die Polizei stoppte seine Fahrt.

Nach Angaben der Polizei war der 27-Jährige aus Waldstraße 305 auf die Straße „Am Verkehrskreuz“ abgebogen und hatte dabei beinahe die Kontrolle über sein Auto verloren. So habe es ein Augenzeuge berichtet, der die Polizei alarmierte. Die Besatzung eines Streifenwagens traf den Mann wenig später auf einem Parkplatz. Die Beamten ordneten eine Blutprobe an und beschlagnahmten den Führerschein. (ag)

Täter erbeuten
Schmuck

MARIENHAGEN. Schmuckstücke haben Einbrecher am Montag aus einem Einfamilienhaus in Wiehl-Marienhagen erbeutet. Laut Polizei hebelten die unbekannt Täter zwischen 7.10 und 18.30 Uhr die Terrassentür auf, drangen in die Wohnung ein und durchsuchten die Schränke. Wer die Täter beobachtet hat, soll die ☎ 110 wählen. (ag)

Junge Worte gegen das Vergessen

Bewegende Gedenkstunde für die Opfer der Nationalsozialisten in Nümbrecht

VON JENS HÖHNER

NÜMBRECHT. Das Interesse ist groß und auch die Spannung wächst. Doch beides ist plötzlich wie weggewischt: Entsetzen, Sprachlosigkeit und auch Ekel vor den Gräueltaten der Nazis verdrängen jedes andere Gefühl. An der jüdischen Gedenkstätte in Nümbrecht lesen Jaqueline Ernst, Niklas Drögemeyer, Cedric Fenster und Jana Stiletto vor, was sie in den vergangenen Osterferien in ihre Tagebücher schrieben, nachdem die Jugendlichen von der Realschule in Wiehl-Bielstein das ehemalige KZ Auschwitz besucht hatten.

Am 9. November 2016, 78 Jahre nach den Bränden und Verbrechen der Pogromnacht, zeigen die Worte der jungen Leute um ihren Lehrer Sebastian Potschka, wie wichtig das Gedenken an die Opfer jener Zeit ist. Und wie aktuell. Denn die Gegenwart sei eine Zeit, in der rechte Parolen viel zu oft unwidersprochen blieben, betont Wolfgang Birkholz, Vorsitzender der Oberbergischen Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit. Mit den Freundeskreisen Nümbrecht/Mateh Yehuda-Megilot und Wiehl/Jokneam hat diese



Marion Reinecke vom Freundeskreis Nümbrecht/Mateh Yehuda-Megilot liest das jüdische Kaddisch, umringt von den Jugendlichen der Realschule in Wiehl-Bielstein und ihrem Lehrer Sebastian Potschka. (Foto: Höhner)

zum Innehalten an den Rand des jüdischen Friedhofs eingeladen. Und viele sind gekommen, drängen sich bei Eiskälte und strömendem Regen unter aufgespannten Schirmen – ein Zusammenrücken, das vielleicht auch ein symbolisches ist. So ist es Wiehls Bür-

germeister Ulrich Stücker; der von zunehmender Kälte in der Gesellschaft spricht, vom Egoismus anderen gegenüber, von rechten Parolen am Biertresen und an den Stammtischen. „Wir dürfen nicht wegtauschen“, verlangt er und fordert Wachsamkeit ebenso wie Zivil-

courage. Denn Freiheit und Demokratie seien keine Selbstverständlichkeit.

Stücker's Amtskollege Hilko Redenius hat die Gedenkfeier eröffnet und um eine Schweigeminute für den im April dieses Jahres verstorbenen Leo Baer (98) gebeten. Der Nüm-

brechter Jude war vor den Nazis in die USA geflohen und später als Soldat in seine Heimat zurückgekehrt. Stets hatte er sich für die Versöhnung eingesetzt und war den Nümbrechtern an diesem Tag des Gedenkens immer nah.

Auch gestern fehlte er nicht.

„Reiche Gemeinde“ mit hohen Schulden

Trotz Haushaltssicherung bis zum Jahr 2020 muss Reichshof in den Stärkungspakt zahlen

VON MICHAEL FIEDLER-H EINEN

REICHSHOF. Sie sind reich, schreiben aber rote Zahlen. Sie haben angesichts eines Defizits, das 2,7 Millionen Euro im Jahr 2017 beträgt, ein bis 2020 geltendes Haushaltssicherungskonzept aufgelegt, müssen aber gleichzeitig 190000 Euro in den Stärkungspakt einzahlen. Als „seltsame Entwicklung“ bezeichnete Reichshofs Bürgermeister Rüdiger Gennies, der gemeinsam mit Kämmerer Gerd Dresbach dem Gemeinderat den Haushaltsplanentwurf für 2017 vorlegte, diese Art der Diskrepanz.

Endlich ein gerechter Finanzausgleich sei das, was er und viele seiner Kollegen kreisangehöriger Städte in NRW seit langem fordern. Wegen seiner Steuerkraft gibt es für Reichshof auch 2017 keine Schlüsselzuweisungen vom



Für den Erwerb der Straßenlaternen wird die Gemeinde Reichshof 2017 rund 932000 Euro investieren. (Symbolfoto: dpa)

Land. Obwohl die Gewerbesteuer mit 17,3 Millionen Euro derzeit einen historischen Spitzenwert erreicht, fressen die Aufwendungen, die Käm-

merer Gerd Dresbach und sein Team zu leisten haben, die Rekordereinnahmen über Gebühr auf. So zahlt Reichshof 2017 etwa 1,4 Millionen Euro mehr als

im Vorjahr an den Kreis, an dessen Umlage die Gemeinde mit insgesamt 17,4 Millionen Euro beteiligt ist.

Für die Bürger der Gemeinde Reichshof stehen für nächstes Jahr eine leichte Anhebung der Grundsteuer A (für land- und forstwirtschaftliche Grundstücke) an, sowie eine Erhöhung der Grundsteuer B (für bebaute und unbebaute Grundstücke). Die Anhebung der Grundsteuer A von 360 auf 370 Prozent und der Grundsteuer B von 550 auf 600 Prozent soll insgesamt ein Plus von rund 340000 Euro in die Gemeindekasse bringen. Auch die Gewerbesteuer wird 2017 leicht erhöht, von 470 auf 475 Prozent. Die erhofften Mehreinnahmen belaufen sich auf annähernd 560000 Euro.

Gennies fordert – wie in jedem Jahr – eine grundlegende Finanzreform auf Bundes- und Landesebene, zum Beispiel

beim steuerlichen Verbundsatz, der zur Bemessung der Dotierung des Finanzausgleichs herangezogen wird. Steigende Sozial- und Jugendhilfeleistungen würden von Bund und Land nicht ausreichend refinanziert, sondern auf die örtliche Ebene abgewälzt, wobei die Kreise die Lasten dann den Kommunen aufbürden.

HAUSHALT IN ZAHLEN

Erträge	40,0 Mio. Euro
Aufwendungen	42,7 Mio. Euro
Fehlbetrag	2,7 Mio. Euro

Realsteuerhebesätze	
Grundsteuer A	370 v.H.
Grundsteuer B	600 v.H.
Gewerbesteuer	475 v.H.

Kreisumlage	17,4 Mio. Euro
Investitionen	7,4 Mio. Euro
Investitionskredite	1,2 Mio. Euro

Trotz aller Finanzierungsprobleme werde auch 2017 in Reichshof zukunftsorientiert investiert, sagte der Bürgermeister. Seit 2009 sei konsequent die energetische Gebäudesanierung betrieben worden. Insgesamt 22,6 Millionen Euro flossen in den baulichen Sektor, was derzeit angesichts des äußerst niedrigen Zinsniveaus weiter positiv beeinflusst werde. Lediglich für den gemeinsamen mit Morsbach geplanten Erwerb der Straßenlaternen, die 932000 Euro kosten sollen, werde 2017 eine Neuverschuldung um rund 1,2 Millionen Euro notwendig.

Mit dem Haushaltsplan, dessen Zahlen Kämmerer Dresbach noch im Detail vorstellte, werden sich die Gremien des Rats in den kommenden Wochen befassen. Die Verabschiedung des Reichshofer Haushalts ist noch für den 13. Dezember geplant.

VOR 50 JAHREN

Ein Experiment
im Schwimmbad

... war vor 50 Jahren Thema in der Zeitung: „Die Gummersbacher Stadtverwaltung weist darauf hin, daß im Städtischen Hallenbad ab sofort versuchsweise donnerstags von 15 bis 19.15 Uhr ein Warmwasserbadtag eingerichtet wird. Es wird dabei beispielsweise daran gedacht, für rheumakranke Besucher eine Möglichkeit zu schaffen, in einer höheren als der üblichen Wassertemperatur im Hallenbad schwimmen zu können. Kinder und Jugendliche sollten nach Möglichkeit an diesem Warmwasserbadtag das Schwimmbad ab 17 Uhr nicht mehr benutzen.“

Unterhalt für Hunde eingeklagt

Landgericht: Tierschutzverein verlangt vom Land über 27 000 Euro für die vierjährige Pflege

VON ULRIKE SCHÖDEL

MORSBACH/BONN. Als an Ostersonntag, den 7. April 2012, die Polizei den Hof einer Familienpension in Windecker Hurst stürmte und einen Mann wegen Mordverdachts in Handschellen abführte, blieben in seinem Zimmer zwei kleine Chihuahuas bellend zurück.

Kurz darauf bekam der Tierschutzverein Thea in Morsbach einen Notruf von der Kreispolizeileitstelle in Siegburg: In einem Pensionszimmer befänden sich zwei herrenlose Hunde, dessen Besitzer sich bis auf weiteres nicht

mehr kümmern könnte. Der Anrufer beauftragte die Tierschutzhilfe, die zurückgebliebenen Hunde abzuholen und zu verwahren. Die Tierhelfer waren sofort zur Stelle: Sie packten die beiden Chihuahuas in eine Transporttasche, die sie in dem Zimmer voranden und brachten sie in Obhut. Am Ende blieben die Tiere – bis zur Freigabe im Januar 2016 – fast vier Jahre.

Die Frage, wer in diesem ungewöhnlichen Fall für die Unterbringungskosten der beiden Hunde aufkommt, muss jetzt das Bonner Landgericht klären. Der Tierschutzverein Morsbach jedenfalls hält das

Land NRW für zahlungspflichtig und hat es auf insgesamt 27 263 Euro für die vierjährige Kost und Logis der Tiere verklagt. Darin enthalten ist eine Abholpauschale von 50 Euro sowie 10 Euro pro Hund und pro Tag.

Für die Verwahrung der Hunde hätten sie damals einen eindeutigen Auftrag durch einen Mitarbeiter der Kreispolizei bekommen. Ohne so einen Auftrag, so die Tierschützer in der Klage, würden sie keine Tiere nehmen. Zu oft seien sie auf Kosten sitzengeblieben.

Das verklagte Land hingegen hat bislang bestritten, dass die Tierschutzhilfe den Auftrag

hatte, die Hunde über so einen langen Zeitraum zu verwahren. Üblicherweise sei nicht von einer längeren Unterbringung auszugehen. Immerhin hätte es den ersten Verwahrungsmontat auch vorbehaltlos bezahlt.

Der frühere Hundebesitzer jedenfalls konnte sich nicht mehr um seine Chihuahuas kümmern, geschweige denn sie abholen, wozu er in einem Brief des Landrats vier Jahre später aufgefordert worden war. Seit dem Tag seiner Festnahme in der Windecker Pension sitzt der heute 47-Jährige im Gefängnis – und wird dort noch eine Weile bleiben. Denn

das Bonner Landgericht hatte ihn im Jahr 2013 wegen versuchten Mordes zu zwölf Jahren Haft verurteilt.

Gemeinsam mit seiner heute 45-jährigen Geliebten, die zehn Jahre Haft bekommen hat, hatte er laut Urteil einen Mordanschlag auf ihren damaligen Ehemann geplant. Maskiert war er in die Wohnung des Opfers eingedrungen und hatte ihm ins Gesicht geschossen, während die Ehefrau mit einem Hund unterwegs gewesen war. Eine Ladehemmung der Waffe hatte einen zweiten Schuss und damit den Tod des 52-jährigen Opfers verhindert.